

«Förderklassen»-Initiative kassiert Abfuhr

Die Basler Regierung stellt sich in ihrem finalen Gegenvorschlag zur Initiative gegen eine Rückkehr zu Kleinklassen.

Maria-Elisa Schrade

Seit Einreichung der sogenannten Förderklassen-Initiative im August 2022 diskutiert Basel-Stadt hitzig über die Zukunft der integrativen Schule. Im Fokus stehen dabei verhaltensauffällige Kinder, weil diese gemäss einer Studie des Schweizer Lehrerverbands von 90 Prozent der Lehrpersonen als ein Hauptproblem ihres Berufsalltags wahrgenommen werden. Um Lehrpersonen und Klassen schnell zu entlasten, sollen deshalb Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten wieder in Sonderklassen separiert werden können. Das verlangt die Initiative, die auch vom Lehr- und Fachpersonenverband Freiwillige Schulsynode (FSS) unterstützt wird.

Diverse Beratungen und Ausarbeitungen später, erteilt die Basler Regierung in ihrem finalen Gegenvorschlag allerdings genau dieser Forderung eine Abfuhr und setzt stattdessen auf teilseparative Fördergruppen. Im vorläufigen Massnahmenpaket, das im Frühjahr vorgestellt worden war, standen neben dieser Option auch Förderklassen zur Auswahl. Der Unterschied: Bei Fördergruppen werden die Kinder nur für einzelne Lektionen aus dem Klassenverband genommen. Förderklassen bedeuten eine vollständige Separation. Letzteres will das Erziehungsdepartement unbedingt vermeiden.

Der Wunsch nach Fördergruppen

Eine Mehrheit der Lehrpersonen, die an der darauffolgenden Konsultation durch die Kantonale Schulkonferenz Basel-Stadt (KSBS) teilgenommen



Bei Einführung von Fördergruppen bleiben lernschwache Kinder mehrheitlich in der Regelklasse.

Bild: Christian Beutler/Keystone

haben, bevorzugen hingegen weiterhin Förderklassen. Auch bemängeln sie, dass im Gegenvorschlag sowohl Fördergruppen als auch Förderklassen für lernschwache statt primär verhaltensauffällige Kinder vorgesehen sind.

Der Basler Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP) sprach bei der Medienkonferenz am Mittwoch trotzdem von einer «breiten Akzeptanz» der vorgestellten Massnahmen, weiss er doch die Schulleitungen, Fachstellen und Wirtschaftsverbände mehrheitlich hinter sich. In Basel-Stadt gelte

weiterhin Integration vor Separation, betonten die anwesenden Vertretungen des Erziehungsdepartements unisono. Der Gegenvorschlag sei eine umfassende und differenzierte Antwort auf die Initiative, welche nur ein Element (verhaltensauffällige Kinder) herauspicke.

Auf die Frage, warum die Regierung nicht mehr auf die Forderungen der Initiative eingegangen sei, wird Cramer noch deutlicher: «Es ist nicht Aufgabe der Politik, sich nach den Wünschen von Initiativen auszurichten. Wir müssen umsetzen, was pädagogisch sinnvoll ist.»

Dem Initiativkomitee kreidet das Erziehungsdepartement an, dass es alle verhaltensauffälligen Kinder in ein gemeinsames Gefäss (Sonderklassen) stecken möchte, ohne zwischen den verschiedenen Ursachen für die Verhaltensauffälligkeit zu unterscheiden.

Erste Massnahmen könnten nächsten Sommer kommen

Wer aber beispielsweise aufgrund einer unerkannten Lernschwäche verhaltensauffällig wird, benötige eine andere Massnahme als ein Kind, das gerade in einer Krise steckt und

deshalb den Unterrichtsrahmen sprengt.

Durch das Angebot von Fördergruppen für lernschwache Kinder, Lerninseln für Kinder mit akut schwierigem Verhalten und «Spezialangebote Plus» für sogenannte Systemsprenger will die Regierung die einzelnen Kinder gezielter unterstützen. Zudem sollen mehr Ressourcen in Logopädie und Psychomotorik sowie an das Zentrum für Frühförderung und die Kindergärten fliessen. Volksschulleiter Urs Bucher begründet: «Massnahmen in den ersten Lebensjahren sind für eine gelungene Integration

«Wir müssen umsetzen, was pädagogisch sinnvoll ist.»

Conradin Cramer
Basler Erziehungsdirektor

am wichtigsten.» Ob die vorgeschlagenen Massnahmen einen Rückzug der «Förderklassen»-Initiative erwirken können, wird sich in den kommenden Wochen zeigen. Klar ist, dass mit dem Wegfall der Förderklassen die zentrale Forderung der Initiierenden nicht mehr enthalten ist. Auch bestehen Zweifel an der Wirksamkeit der Lerninseln.

FSS-Präsident Jean-Michel Héritier irritiert ausserdem, dass gemäss finalen Gegenentwurf vorerst nur auf Primarstufe Fördergruppen eingeführt werden sollen. Er betont: «Auch die Lehrpersonen in der Sekundarstufe I erhoffen sich schnelle Entlastung.» Die Freiwillige Schulsynode will sich nun beraten, welche Variante sie künftig unterstützen wird. Sollte die Initiative zurückgezogen werden, könnten erste Massnahmen bereits nächsten Sommer eingeführt werden, verspricht Conradin Cramer. Kosten soll das Paket jährlich 13,7 Millionen Franken.